



Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein,
Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel.
Redaktion: Dietrich Drescher,
Christian Kröning (verantwortlich)

10|2006

www.spd-sh.de

vorwärts:

Wir in Schleswig-Holstein

Gemeinschaftsschule kommt

Der Koalitionsausschuss hat am 24. September die politischen Weichen für zentrale Projekte gestellt: Als erstes Bundesland führt Schleswig-Holstein die Gemeinschaftsschule ein, der Naturschutz bleibt und für die Verwaltungs- und Kreisgebietsreform wird ein neuer Anlauf genommen.

„In Schleswig-Holstein ist Schulfriede eingekehrt“, freut sich Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave über den Kompromiss zur Schulpolitik. „Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen und der Regionalschulen ist der Großen Koalition ein großer Wurf gelungen. Schleswig-Holstein hat sich damit an die Spitze der Länder gesetzt, die den Schülerinnen und Schülern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglicht.“

Gemeinschaftsschulen

Das Zukunftsmodell Gemeinschaftsschule wird als neue Schulform fest im Schulgesetz verankert werden. Das vorzeitige Aussortieren von Schülerinnen und Schülern wird dort ein Ende haben: gemeinsames Lernen bis Klasse zehn. Die Schulträger, die eine Gemeinschaftsschule errichten wollen, haben jetzt grünes Licht für ihre Planungen.

Bestehende Gesamtschulen sollen bis 2010 zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt werden.



Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave: Zukunftsmodell Gemeinschaftsschule. FOTO: GÖTZ SOMMER

Regionalschulen

Haupt- und Realschulen werden zu Regionalschulen zusammengeführt. Bis 2010 wird dieser Prozess abgeschlossen sein. An den Regionalschulen durchlaufen alle Schülerinnen und Schü-

ler eine gemeinsame Orientierungsstufe.

„In der Regionalschule wird längeres gemeinsames Lernen in der Orientierungsstufe zur Regel. Wir sorgen darüber hinaus für deutlich weniger Sitzen bleiben und Rückstufen in allen Schularten. Insgesamt ziehen wir damit weitere klare Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung und aus den Herausforderungen nach PISA“, so die Bilanz der Bildungsministerin.

Verwaltungs- und Gebietsreform

Die Verwaltungsstrukturreform wird planmäßig in Kraft treten. Das Land wird sich auf ministerielle Aufgaben beschränken und weitere Verwaltungsangelegenheiten an die dann neu gebildeten Kreise und kreisfreien Städte abgeben.

Neu ist die Absicht, eine Gebietsreform der Kreise anzugehen. Damit sollen die

Ein langes rotes Band



Nach längeren Renovierungsarbeiten konnte am 9. September im Rahmen eines Sommerfestes das neu gestaltete Parteibüro der SPD in Neumünster der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Foto zeigt die Kreisvorsitzende Jutta Schümann, Wolfgang Radzko, einen Gewinner des Schätzspiels „Wie lang ist das rote Band der sozialen Gerechtigkeit“ und Michael Bürsch, MdB. Das rote Band läuft auf insgesamt 94,72 Metern durch alle Räume des Parteibüros.

geplanten vier kommunalen Verwaltungsregionen (KVR) überflüssig werden.

Landesparteitag im November

Über diese Pläne werden die beiden Koalitionspartner im November auf Landesparteitagen entscheiden. Der SPD-Landesvorstand wird am 9. Oktober über die Einberufung eines Landesparteitags entscheiden.

Innenminister Dr. Ralf Stegner begrüßt die Entscheidungen des Koalitionsausschusses: „Weniger wäre mit uns nicht gegangen, aber zu mehr sind wir jederzeit in der Lage. Wir können jetzt das umsetzen, was wir schon mit den Grünen und dem SSW wollten.“

Nachbesserungen zum Naturschutz

Der Entwurf eines neuen Landesnaturschutzgesetzes für Schleswig-Holstein wird gegenüber den ursprünglichen Plänen des Ministeriums nachgebessert. Die sozialdemokratischen Verhandler haben wichti-

ge Punkte durchgesetzt. So wird die Lesbarkeit des Gesetztes für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltungen verbessert. Ziele und Grundsätze des Naturschutzes werden inhaltlich dargestellt. Verordnungsermächtigungen für das Landwirtschaftsministerium werden eingeschränkt. Die Regelungen zu den Landschaftsrahmenplänen werden in das Landschaftsprogramm übernommen. Die Knicks werden weiter geschützt.

„Inhaltlicher Maßstab für ein modernes Naturschutzgesetz ist für mich nach wie vor das unter SPD-Regierungsverantwortung erarbeitete geltende Gesetz“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Konrad Nabel. „Im Koalitionsausschuss ist auch vereinbart worden, im parlamentarischen Verfahren die Rechtssicherheit bei der Umsetzung von EU- und Bundesrecht zu überprüfen. Dies werden wir mit aller Sorgfalt tun und sicherstellen.“ ■

Sommerfest mit Regierungsbeteiligung

Zufrieden äußerte sich Stormarns SPD-Kreisvorsitzender Martin Habersaat über das erste Sommerfest in der neuen Kreisgeschäftsstelle in Bad Oldesloe. „Wir hatten wohl das einzige Grillfest in Schleswig-Holstein, bei dem auch die Bundesregierung vertreten war“, so Habersaat zur Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs Franz Thönnes. Viele Gäste nutzten die Gelegenheit zur Diskussion mit den Abgeordneten. ■



Landtagsabgeordneter Konrad Nabel, Europa-Abgeordneter Willy Piecyk, Eckart Kuhlwein, Bundestagsabgeordneter Franz Thönnes und Kreisvorsitzender Martin Habersaat genossen das Sommerfest.

Seminare

Aufbruch zur Kommunalwahl

Abendschulungen in den Regionen, jeweils 19 bis 22 Uhr:

Region Südost, Bad Oldesloe

10. Oktober (Rathaussaal, Hagenstr. 17)
31. Oktober (Bürgersaal, Mühlenstr. 22)
28. November (Bürgersaal, Mühlenstr. 22)

Region Südwest, Itzehoe

Berufsbildungswerk, Viktoriastr. 17
10. Oktober
31. Oktober
28. November

Region Kern, Neumünster

„Kiek In“, Gartenstr. 32
12. Oktober

2. November

30. November

Region Nord, Leck

Nordseeakademie, Flensburger Str. 18
12. Oktober
2. November
30. November

Kommunalakademie Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Bad Malente
16. bis 18. Februar
16. bis 18. März
4. bis 6. Mai
1. bis 3. Juni

Anmeldungen an: Elfriede Marx, SPD-Landesverband, Elfriede.Marx@spd.de
Tel. 0431/90606-46, Fax 90606-41

Unternehmen sollen Beitrag leisten

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht eine Reform der Unternehmenssteuern vor. Doch gegen den Entwurf des Finanzministeriums regt sich Widerstand. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann erläutert die Kritik der Parlamentarischen Linken.

Wir in Schleswig-Holstein: Warum muss die Besteuerung der Unternehmen reformiert werden? Nimmt der Staat der Wirtschaft die Luft?

Ernst dieter Rossmann: Noch nie waren die Unternehmenssteuersätze so niedrig wie jetzt. Auch das Steueraufkommen speist sich ja nur noch zu einem relativ geringen Teil aus direkten Unternehmenssteuern. Von einer Strangulierung durch zu hohe Steuern kann also wirklich keine Rede sein. Einem ruinösen Steuersenkungswettbewerb der Nationalstaaten müssen wir mit einer intelligenten Strategie gegensteuern. Steuererhalt und nicht Steuerentlastung gehört in den Mittelpunkt der Reform.

Bringen niedrigere Steuern für die Unternehmen mehr Arbeitsplätze?

In erster Linie hängen die Arbeitsplätze von Nachfrage und Wachstum, Qualifikation und Produktivität ab. Bei den Kostenfaktoren sind die Unternehmenssteuern ein Punkt unter vielen und sicherlich nicht entscheidend für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. In begrenztem Maße können Steuersätze im internationalen Standortwettbewerb ein Einflussfaktor sein.



Dr. Ernst Dieter Rossmann: Mehr Transparenz bei den Unternehmenssteuern.

Was würden die Pläne des Finanzministers für die öffentlichen Kassen bedeuten?

Mit den Eckpunkten des Bundeskabinetts – Nominalsteuersätze für Körperschaften unter 30 Prozent, maximal fünf Milliarden Euro Einnahmeverlust – können die Pläne schon ordentlich ins öffentliche Geld gehen. Schleswig-Holstein erhält aktuell rund 250 Millionen Euro Körperschaftssteuern. Wenn dieser Betrag ohne Ausgleich halbiert wird, haben das Land und die Kommunen ein knallhartes Problem mehr. Schon im Interesse des Landes müsste die Landesregierung auf einer mindestens aufkommensneutralen Reform bestehen. Den Irrweg der CDU/CSU sollten wir nicht mitgehen. Solche „Lebenslügen“ sind zu teuer.

Der Bundesparteitag hat eine „aufkommensneutrale“ Reform gefordert. Das heißt doch, wenn einer weniger zahlt, muss ein anderer tiefer in die Tasche greifen.

Abgesenkte Nominalsteuersätze müssen durch eine breitere Steuerbasis ausgeglichen werden, etwa durch eine stärkere Besteuerung von

Zinsen, Pachten, Leasingraten. Diese werden gerade bei internationalen Konzernen zur Kaschierung von Gewinnen benutzt, um die Versteuerung in Deutschland zu umgehen. Es geht um mehr Transparenz und Stringenz, nicht um Umverteilung zwischen den Unternehmen.

Unternehmen sind nicht nur Airbus und Siemens. Was ist mit dem „Klempner um die Ecke“?

Der „Klempner um die Ecke“ profitiert ganz konkret von unserem Förderprogramm zur privaten Gebäudesanierung, von den stärkeren öffentlichen Aufträgen, von der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Handwerkerrechnungen etc. Das alles hat die SPD sehr erfolgreich durchgesetzt.

Welche Alternativen gäbe es zu den Vorschlägen der Regierung?

Die konkreten Vorstellungen der Bundesregierung liegen noch nicht auf dem Tisch. Es muss gefordert werden, die Steuersätze nur so weit zu senken, wie eine Gegenfinanzierung aus dem Unternehmensbereich nachgewiesen werden kann. Auch muss es eine klare Regelung geben, dass die Gewinne nicht „verschoben“, sondern hier versteuert werden. Und es darf keinen Zugriff auf die Gewerbesteuer geben, die ja durch die Reform von SPD/Die Grünen mit der Mindestbesteuerung gerade wieder zum Blühen gekommen ist. ■

Ausbildung beim Abgeordneten



Sonja Fesser (21) aus Itzehoe hat ihren Schreibtisch jetzt im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen. „Besonders habe ich mich über die vielen Bewerbungen aus dem Wahlkreis gefreut“, erklärt der Abgeordnete. Die dreijährige Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation wird vom Abgeordneten-Büro in Zusammenarbeit mit dem Berliner Institut für technische Weiterbildung (itw) durchgeführt.

Jusos für roten Norden

Die Jusos Schleswig-Holstein haben auf ihrer Landeskonferenz am 26. und 27. August einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Landesvorsitzender ist Yves-Christian Stübe aus Kiel. Sönke Bohm, Sören Platten, Enrico Kreft, Miriam Bossmann, Tim Papenfuß und Katharina Goergens wurden als Stellvertreterinnen und Stellvertreter gewählt.



Yves-Christian Stübe.

Die Jusos lehnen die Privatisierung der Unikliniken und Studiengebühren strikt ab. „Kern sozialdemokratischer Politik in Schleswig-Holstein muss sein: Wir lassen niemanden zurück!“, so Yves-Christian Stübe. ■

www.jusos-sh.de

Wo SPD draufsteht ist jetzt noch mehr SPD drin!

Die SPD hat sich in der Großen Koalition als Reformmotor behauptet. Es standen die ganz großen und konflikträchtigen Themen auf der Tagesordnung des letzten Koalitionsausschusses: Schulpolitik, Verwaltungsstrukturen und die Umweltpolitik. Mit dem Ergebnis können wir zufrieden sein: Unsere Verhandlungsgruppe hat an vielen wichtigen Stellen die Positionen der SPD durchgesetzt.

■ In der Schulpolitik haben wir mehr erreicht, als wir bisher im Koalitionsvertrag mit der CDU festgeschrieben konnten. Das alte dreigliedrige Schulsystem ist in Schleswig-Holstein überwunden, und als bundesweiter Vorreiter wird unser Land die Gemeinschaftsschule im Schulgesetz verankern und einführen! Zum Beginn des Schuljahres 2007/08 können die ersten Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein starten.

Wir haben aus der PISA-Studie gelernt: Mit dem jetzt vom Kabinett verabschiedeten Gesetz ist der entscheidende Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Bildungsqualität durch bessere individuelle

Förderung und längeres gemeinsames Lernen getan. Gleichzeitig wurde die Grundlage dafür geschaffen, dass trotz sinkender Schülerzahlen insbesondere im ländlichen Raum ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Schulangebot aufrechterhalten werden kann.

■ In Schleswig-Holstein wird es eine Kreisgebietsreform geben: Nach langem Hin- und Her in der CDU ist es uns gelungen, auch diese Koalition auf Kurs zu bringen. Wie von uns bereits im Koalitionsvertrag mit den Grünen und dem SSW beschlossen, werden noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine neue Gebietskulisse in Schleswig-Holstein gestellt. Im November werden wir Sozialdemokraten – vor der CDU – auf einem Parteitag über die Durchführung einer Kreisgebietsreform entscheiden.

■ Landesnaturschutzgesetz: Wir haben den CDU-Landwirtschaftsminister von Boetticher ausgebremst! Für uns war und ist klar: Unter dem Vorwand von „Deregulierung“ und „Entbürokratisierung“ führt der Minister einen ideologisierten Kulturmampf in

Sachen Umweltschutz. Durch Änderungen am Kabinettsentwurf für ein neues Landesnaturschutzgesetz haben wir einen weitreichenden Abbau von Umweltstandards verhindert. Aber: Besser ist noch nicht gut! Wir werden auch in der weiteren Beratung im Landtag deutlich machen, dass wir uns unter Umwelt- und Naturschutz in Schleswig-Holstein mehr vorstellen. Die im Koalitionsausschuss gefundenen Kompromisse stellen die Grundlage der weiteren Arbeit der Regierung dar. Wir alle wissen: Diese Koalition ist ein zeitlich befristetes Zweckbündnis. Wir stehen als SPD zu den Inhalten und für den Erfolg dieser Koalition gerade. Seit dem 24. September steckt noch ein ganzes Stück mehr SPD in der Koalition. Das ist gut für uns. Und: Je mehr SPD in dieser Koalition steckt, desto besser für unser Land!

Claus Möller, SPD-Landesvorsitzender



ANZEIGE

Segeberg setzt auf Foren

Andreas Beran bleibt Vorsitzender des SPD-Kreisverbands Segeberg. Die Delegierten des Kreisparteitages am 9. September in Nahe verabschiedeten eine Satzungsreform. Der Vorstand wird künftig nur aus fünf Personen bestehen. Ihm zur Seite wird ein Kreisparteiausschuss gestellt. Mit politischen Foren und wiederbelebten Arbeitsgemeinschaften soll die Arbeit in der Partei interessanter werden. ■

Pinneberg mit verjüngtem Vorstand

Mit fast 96 Prozent der Stimmen hat der Parteitag des Kreisverbands Pinneberg am 23. September **Hannes Birke** als Kreisvorsitzenden bestätigt. Mit Stolz verwies der 67-Jährige darauf, dass dem elfköpfigen Kreisvorstand vier Mitglieder im Juso-Alter angehören. Einstimmig sprachen sich die Delegierten dafür aus, die Direktwahl der Landräte abzuschaffen. ■

Arbeitsmarkt: Der Knoten ist geplatzt!

Der „schleswig-holsteinische Weg“ erweist sich als Erfolgsmodell.

von ARBEITSMINISTER UWE DÖRING

Über zwölf Prozent weniger Arbeitslose als vor einem Jahr, fast 8000 neue Stellen, starker Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein kann echte Erfolge beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit vorweisen.

Bei der Arbeitslosenquote sind wir vom neunten auf den fünften Platz aller Bundesländer marschiert. Beim Beschäftigungsaufbau ist nur noch Hamburg erfolgreicher. Wir haben das trotz eher geringen Wirtschaftswachstums geschafft. Das zeigt: Eine moderne sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik kann unabhängig von der Konjunktur erfolgreich sein.

Bei der Umsetzung von „Hartz IV“ kommen wir besser voran als andere. Arbeitsministerium, ARGEn und Kommunen kooperieren



Arbeitsminister Uwe Döring.

eng, das gemeinsame Netzwerk hat auf vielen Feldern pragmatische und praxisnahe Lösungen gefunden. Dieser „schleswig-holsteinische Weg“ gilt bundesweit als Vorbild.

Wir werden uns mit diesen Erfolgen nicht zufrieden geben. Wir müssen uns insbesondere für Jugendliche und Menschen mit geringen Qualifikationen einsetzen. Mit dem gemeinsam von

Bildungs- und Arbeitsministerium gestarteten „Handlungskonzept Schule und Arbeitswelt“ packen wir das Übel an der Wurzel: Wir setzen 60 Millionen Euro ein, um die Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen zu erhöhen. Besonders für

Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen wir mehr tun.

Und noch dieses Jahr werde ich ein Konzept vorlegen, wie wir den vielen Langzeitarbeitslosen helfen können, die zurzeit keine Chance auf einen regulären Job haben. ■

Neuer 60-plus Vorstand

Gertrud Ehrenreich löst Detlef von Schlieben im Vorsitz der Landes-Arbeitsgemeinschaft SPD-60-plus ab. Die Delegierten aus allen Kreisverbänden wählten am 20. September in Neumünster Roswitha Friedrichsen, Ilse Schumacher, Erika Wallbaum, Günther Blödorn, Clemens von Henke, Hans-Peter Iversen, Klaus Steinschulte und Hans Willmen zu gleichberechtigten Beisitzern. ■



Gertrud Ehrenreich, Landesvorsitzende der Partei-Senioren.

ANZEIGE